

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 98 (2004)
Heft: 6

Rubrik: Zeichen der Zeit : ist das "Leben in Fülle" kein Bekenntnis wert?

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 02.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Willy Spieler

Ist das «Leben in Fülle» kein Bekenntnis wert?

«Accra» steht vor der Tür: Der Reformierte Weltbund (RWB) wird in der ghanesischen Hauptstadt vom 30. Juli bis 13. August zu seiner 24. Generalversammlung zusammentreten. «Auf dass alle das Leben in Fülle haben», lautet das Jesuswort (Joh 10,10), das die Delegierten bei ihrer Arbeit begleiten soll. Dass dieses *Leben in Fülle* immer mehr Menschen vorenthalten wird, weil sie Opfer eines weltweiten Systems der Ungerechtigkeit und der Naturzerstörung sind, hat schon die Versammlung von Debrecen im August 1997 erkannt.¹ In der damaligen Erklärung «Gerechtigkeit für die ganze Schöpfung» heisst es, dieses System bedeute für Christinnen und Christen eine Herausforderung ihres Glaubens. «Debrecen» rief darum «zu einem verbindlichen Prozess der wachsenden Erkenntnis, der Aufklärung und des Bekennens (*Processus confessionis*) auf allen Ebenen der Mitgliedskirchen des Reformierten Weltbundes bezüglich wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung» auf. In Accra nun sollten die Mitgliedskirchen über diesen *Bekenntnisprozess* Bericht erstatten und ihn vertiefen. Aber es sieht leider ganz danach aus, als würden die reichen Kirchen des Nordens, angeführt vom Schweizerischen Evangelischen Kirchenbund (SEK), eine derartige «Glaub-

bensverpflichtung» zum Scheitern bringen.²

Die *Neuen Wege* haben den «Processus confessionis» erwartungsvoll begleitet, darin Geist vom *Geist des Religiösen Sozialismus* erkannt, wie schon in einem Gespräch mit *Milan Opocensky*, dem charismatischen damaligen Generalsekretär des Reformierten Weltbundes, im Dezemberheft 1996 deutlich wurde³. Über den aktuellen Stand dieses Bekenntnisprozesses informierte vor genau einem Jahr ein weiteres Gespräch mit *Ulrich Duchrow*, Mitglied der Task Force des RWB zum «Processus confessionis».⁴ Die Neuen Wege hatten vor allem auf eine breite Diskussion «auf allen Ebenen» der reformierten Kirche Schweiz gehofft, auf eine ökumenische auch, die ähnliche Impulse aus der Soziallehre der katholischen Kirche aufgenommen und vertieft hätte.

Aber nur gerade die *Reformierte Kirche Bern-Jura-Solothurn* hat sich der Herausforderung gestellt und das Grundlagenpapier «Für die Globalisierung der Gerechtigkeit» erarbeitet.⁵ Sie blieb damit ziemlich allein. Der Schweizerische Evangelische Kirchenbund (SEK) erweist dieser kantonalkirchlichen «Policy» zwar seine Referenz, indem er dem RWB in einem – bislang nicht veröffentlichten – Papier einen «Bund zur Globalisierung der Gerechtigkeit» vorschlägt. Aber er tut dies nicht, um den «Processus confessionis» zu vertiefen, sondern um ihn zu verhindern. Auf die Frage nach dem «Mandat» des SEK für Accra hat dessen Beauftragter für internationale Beziehungen, *Serge Fornerod*, den Neuen Wegen mitgeteilt, die SEK-Delegierten möchten lieber «einen konkreten Aktionsplan für die Kirchen (Bund zur Globalisierung der Gerechtigkeit)» vorschlagen, «statt sich in hochdoktrinalen, theologisch höchst umstrittenen Formulierungen und Diskussionen zu verlieren».

Ich will nicht verkennen, dass der vom SEK initiierte Aktionsplan eine Reihe von Einsichten über wirtschaftliche Unge-

rechtigkeit und Naturzerstörung enthält. Auch könnte das Wort vom «Bund» bedeuten, dass im «Bund mit Gott» nur sein kann, wer die «Bundesverpflichtungen» erfüllt. Doch diese Verbindlichkeit ist gerade nicht gemeint. Was dann? Ohne die Verbindlichkeit eines Bekenntnisprozesses, ohne die Frage nach dem Christsein angesichts des neuen Totalitarismus des Marktes, fehlt der *existenzielle Stachel*. Eine Kirche, die sich vom Bekenntnis zur «Fülle des Lebens» als dem Sinn des Politischen distanziert, wird nicht mehr ernst genommen und nimmt sich im Grunde auch selbst nicht mehr ernst. Sie verschafft allen ein gutes Gewissen, die sich zum Neoliberalismus «bekennen», die «unsichtbare Hand» hinter dem Marktgeschehen mit der göttlichen Vorsehung gleichsetzen und die Kirchen belächeln, die an eine «soziale Gerechtigkeit» glauben und damit ja doch nur einem «Schlagwort des Sozialismus» (F.A. v. Hayek) aufsitzen.

Über die Argumente, die gegen den «Processus confessionis» ins Feld geführt werden, informieren vor allem zwei Referate an der Vorbereitungstagung für «Accra», die vom SEK am vergangenen 7. Mai durchgeführt wurde. Das eine Referat trägt den Titel «Bekenntnis oder Manifest?» und stammt von *Matthias Krieg*, dem Leiter der Abteilung «Bildung und Gesellschaft» der Evangelisch-reformierten Landeskirche des Kantons Zürich und «Berater der Kirchenbundsdelegation». Das andere ist mit «Freunde gewinnen statt Ausschluss provozieren» überschrieben und hat *Christoph Stückelberger*, den bisherigen Zentralsekretär von Brot für alle und neuen Leiter des Instituts für Theologie und Ethik beim SEK, zum Verfasser.⁶ Die beiden Referate nehmen vor allem Bezug auf die «Glaubensverpflichtung» des Forums von London-Colney vom Februar 2004, die unter dem Titel «Die Zeit ist gekommen» steht und im Maiheft der Neuen Wege (und in der Schweiz sonst nur noch auf der Homepage von «Brot

für alle») veröffentlicht wurde.⁷ Die Kritik beider Referate reicht vom Vorwurf einer «monokausal» verkürzten Analyse über eine vermeintliche Ablehnung der Marktwirtschaft bis zum «Missverständnis des Bekenntnisses».

Die angebliche «Monokausalität der Analyse»

Die angebliche «Monokausalität der Analyse» durchzieht wie ein Hauptvorwurf die Papiere der Kritiker. Matthias Krieg erhebt gar den Pauschalvorwurf, der «Processus confessionis» beruhe auf einer *Pauschalkritik an der Globalisierung* überhaupt. Das hört sich im Originalton so an: «Und weil letztlich alles irgendwie zusammenhängt, wird aus der weltweiten Vernetzung ein weltweites Verhängnis. So ist im Handumdrehen die Globalisierung an allem schuld.» Kurz und schlecht: «Globalisierung ist böse. Nichts Gutes ist an ihr.»

Mag sein, dass das missverständliche Wort «*Globalisierungskritik*» zu einer solchen Unterstellung Anlass gibt. Inzwischen sollte sich jedoch herumgesprochen haben, dass auch die härteste «Globalisierungskritik» nicht unterschiedslos jede, sondern nur eine bestimmte, nämlich die *neoliberale Form* der Globalisierung im Auge hat. Globalisierungskritik richtet sich nicht gegen das Zusammenwachsen der Menschheit, sondern gegen den puren Ökonomismus, der dieses Zusammenwachsen ausschliesslich den Erfordernissen des Weltmarktes unterordnet. Die Alternative, die der «Processus confessionis» im Auge hat, heisst nicht: «keine Globalisierung», sondern: eine «andere Globalisierung» – getreu dem Motto des Weltsozialforums: «Eine andere Welt ist möglich». Globalisierungskritiker sind «altermondialistes», wie es im Französischen präziser heisst. Es geht um grenzüberschreitende Solidarität statt nur ökonomische Expansion, um Weltallgemeinwohl statt Totalisierung des Marktes.

Krieg fragt weiter: «Könnte es sein,

dass es auf die globale Krise des Lebens nicht die eine globale Antwort gibt?» Die Gegenfrage sei erlaubt: Könnte es sein, dass er sich mit dieser Frage im Adressaten irrt? Dass es auf die wirtschaftlichen und sozialen Probleme dieser Welt nur «die eine globale Antwort» gebe, das sagen nicht die Globalisierungskritiker, das sagt auch nicht der Text über die «Glaubensverpflichtung», das sagen – die *Neoliberalen*. «There is no alternative» (TINA) heisst ihr Schlachtruf seit Margaret Thatcher. Dieses eindimensionale Denken, diese «pensée unique», wie sie *Pierre Bourdieu* kritisiert hat, ist undemokratisch und totalitär. Echte Globalisierungskritik wird daher ganz im Gegenteil sagen: «There are thousand alternatives» (TATA). Aber wer verhindert das demokratische Selbstbestimmungsrecht, wenn ein Volk sich für Alternativen zu einem totalitären Markt entscheidet? Wer zieht die markt-konforme Diktatur der marktsperrenden Demokratie vor? Wer ruft nur schon in der Schweiz nach Einschränkung der direkten Demokratie, weil ein Steuerpaket und eine AHV-Abbauvorlage bachab geschickt wurden?

Differenzierter geben sich Stückelberger und die ihm folgende Stellungnahme des SEK für einen «Bund zur Globalisierung der Gerechtigkeit». Sie erheben gegenüber dem «Bekennnisprozess» zwar auch den Vorwurf der «monokausalen Betrachtungsweise», aber nur im Blick auf die *Kritik am «Neoliberalismus» und am «Empire»*, die gemäss dem Papier von London-Colney an «allem Elend» schuld seien. Stückelberger schreibt zu Recht, es gebe noch *andere Faktoren* wirtschaftlicher Ungerechtigkeit und ökologischer Zerstörung wie «Ethnozentrismen, religiöse Fundamentalismen, schlechte Regierungsführung, Korruption» usw. Nur wissen das auch die Verfasser/innen des kritisierten Papiers. Sie erwähnen ausdrücklich die Verschärfung der globalen Krise «durch Rassismus, Kasten-

system und Geschlechterdiskriminierung», «Frauen- und Kinderhandel», ja durch «die Ideologie des Individualismus» mit seiner «Beschränkung des Geistes auf die Seele»...

Die *monokausale Anmassung* kommt von einem System, das von sich behauptet, ohne Alternative zu sein, das nach den einzigen Kriterien von *Konkurrenz und Effizienz* Mensch und Natur ausbeutet und keine soziale Gerechtigkeit anerkennt.⁸ Dass es diese Herrschaft weltweit noch nicht in der *angestrebten Totalität* ausübt und insofern tatsächlich nicht die alleinige Ursache für alles Elend der Welt sein kann, ist unbestritten. Es genügt für die theologische Beurteilung, dass es diesen Anspruch erhebt und dafür noch nie dagewesene Mittel an Macht, Geld, Waffen und instrumenteller Vernunft einsetzt. Sowohl Krieg als auch Stückelberger verwechseln die monokausale Anmassung des Neoliberalismus mit der angeblichen Monokausalität seiner Kritik.

Wenn wir uns allerdings auf die Frage fokussieren, *warum* 826 Millionen Menschen chronisch unterernährt sind und täglich 100 000 Menschen an Hunger oder an den Folgen des Hungers sterben, dann gibt es darauf sehr wohl eine *monokausale Antwort*. Sie besteht darin, dass die kapitalistische Weltökonomie, dass nur schon ihre 200 reichsten Akteure über genügend Ressourcen verfügten, um den Hunger in der Welt zu überwinden. Das neoliberale Wirtschaftssystem muss sich diese *humanitäre Katastrophe in Permanenz* zurechnen lassen, nicht weil es den Hungertod der Millionen will, sondern weil es ihn nicht überwindet, obschon es ihn überwinden könnte. Die Ursache liegt nicht im Tun, sondern im Unterlassen.

Stückelberger und – ihm folgend – der Aktionsplan des SEK lassen immerhin durchblicken, dass ihre Kritik entfele, «wenn sich die RWB-Kirchen auf eine sehr fokussierte und limitierte Erklärung zum Neoliberalismus beschränken wür-

den». Warum legen sie denn nicht gleich den Entwurf einer solchen Erklärung vor? Weil der gar nicht so anders aussehen würde als das Papier von London-Colney? Und weil der RWB dann erst recht nicht um den Bekenntnisprozess, mündend in eine *Glaubensverpflichtung wider diese totalitäre Ideologie*, herumkäme?

Ablehnung der Marktwirtschaft?

Im Neoliberalismus entlarvt sich der Kapitalismus bis zu seiner Kennlichkeit. «Rheinischer Kapitalismus» und «Soziale Marktwirtschaft» waren Klassenkompromisse, die der Kapitalismus schliessen musste, um nicht die arbeitende Bevölkerung an den «Sozialismus» zu verlieren. Jetzt, da der Sozialismus, der sich für «real existierend» hielt, zusammengebrochen ist, kann der Kapitalismus mit solchen «Systemwidrigkeiten» aufräumen. Dass der Sozialstaat nicht auf der Vernunft eines sozialemisch rasonierenden Bürgertums beruhte, sondern auf der zumindest latenten *Angst vor einem politischen Frontwechsel* der westlichen Demokratien, zeigt die Entwicklung seit 1989. Die NZZ plaudert's immer mal wieder aus der neoliberalen Schule: Ein Leitartikel mit der Überschrift «Später Nachruf auf die Sowjetunion» (28./29.12.96) bezeichnet «die soziale Herausforderung, welche die Sowjets lanciert hatten», als «hinfällig». Im Systemwettbewerb mit den sog. sozialistischen Staaten hätte der Kapitalismus noch beweisen müssen, «dass die eigene Seite dem Einzelnen auch an sozialem Schutz unvergleichlich mehr bot». Heute sei dieser Wettbewerb «nicht einmal eine Erinnerung mehr wert».

Wenn Christoph Stückelberger dem Papier von London-Colney «die Gleichsetzung von Neoliberalismus und «kapitalistischem Marktsystem»» vorwirft, dann ist diese Kritik von gestern. Wenn er darüber hinaus meint, das Papier würde «die Marktwirtschaft insgesamt ablehnen», dann trifft das schlicht nicht

zu. Verlangt werden hier vielmehr *soziale und ökologische Grenzen der Marktwirtschaft*.

Freilich wird die verbindliche Festlegung dieser Grenzen immer wieder am Widerstand scheitern, der vom globalen Privatkapital ausgeht. Wer nicht mehr bereit ist, die *Systemfrage* zu stellen, der oder die soll von «sozialer Gerechtigkeit» oder von «ökologischer Marktwirtschaft» schweigen. Die Systemfrage aber ist eine *Demokratief Frage*. Es gibt weder national noch international eine Lösung der sozialen und ökologischen Probleme, wenn sie nicht mit einer fundamentalen *Demokratisierung der Wirtschaft* verbunden wird. Das allerdings müssten auch die Papiere, die dem «Processus confessionis» verpflichtet sind, noch viel deutlicher sagen.

Der Streit um den «Processus confessionis»

Es gibt *ökonomische Mechanismen*, die weltweit dazu führen, dass die Reichen reicher, die Armen ärmer und die natürlichen Lebensgrundlagen der Menschheit zunehmend und unwiederbringlich zerstört werden. Diese Mechanismen kommen als *Marktgesetze* oder *Sachzwänge* daher, obschon sie von Menschen gemacht sind, daher auch von Menschen verantwortet werden müssen. Wie die Soziallehre der katholischen Kirche in diesen Mechanismen «Strukturen der Sünde» sieht, die in der «Gier nach Profit» ihre Wurzeln haben⁹, so spricht die reformierte Tradition in solchem Zusammenhang von einer Herausforderung für «die Integrität des Evangeliums» (Debrecken) oder für die «Identität der Kirche als Gemeinschaft und als Leib Christi» (Seong-Won Park). Auch eine Mitgliedskirche des RWB, die ihr Wort inmitten des Finanz- und Bankenplatzes Schweiz – «im Gehirn des Monsters» – verkündet, hätte allen Grund, den Schrei der Armen als einen Ruf zur Busse und Umkehr zu hören. Stattdessen mobilisieren die theologischen Berater des SEK

alle denkbaren Ausflüchte, um nicht zu dieser Unterscheidung der Geister beitragen zu müssen.

Matthias Krieg karikiert den «Processus confessionis», als ob dadurch die «Globalisierer» als «böse» stigmatisiert und «dämonisiert» würden. Dem lässt er die besorgte Frage folgen: «Könnte es sein, dass Gesprächen mit den «global players», die unsere Mitchristinnen und Mitchristen sind, gar keine Hoffnung mehr gegeben wird?» Die Gegenfrage sei erlaubt: Könnte es sein, dass der *Ruf zur Umkehr* nur soweit gehen darf, als er nicht *kapitalistische Interessen* stört? Wenn das von der neoliberalen Ideologie beherrschte Marktsystem weltweit so funktioniert, wie es schon «Debrecen» analysiert hat, dann ist dieses System mit der Guten Nachricht nicht vereinbar, und dann muss die Kirche das sagen, «gelegen oder ungelegen». Das ist keine «Dämonisierung», sondern eine *Mahnung*, die sich nicht nur an «Global Players», sondern *an uns alle* richtet, die wir durch unseren Lebensstil, insbesondere unser Konsumverhalten, Mittäter/innen sein können. Wir sollen in unserem eigenen Entscheidungsbereich nach Alternativen suchen, sei es in unseren Einkaufsgewohnheiten («fairer Handel»), sei es in unserem politischen Kontext, z.B. im Kampf gegen das Bankgeheimnis, das die Schweiz zu einer Hehlernation für einen beträchtlichen Teil des weltweiten Steuerfluchtkapitals verkommen lässt. Der Bekenntnisprozess dämonisiert auch nicht die «Global Players», sondern ermutigt sie, jene «Sachzwänge» in Frage zu stellen, unter denen sie selber leiden, wenn sie z.B. zu Entlassungen gezwungen werden, die sie in ihrem Gewissen nicht verantworten können.

Auch Christoph Stückelberger und mit ihm das SEK-Papier werfen dem «Bekenntnisprozess» vor, er müsse «Ausschluss und Schismen erzeugen». Dass es gerade die neoliberale Marktwirtschaft ist, die immer mehr Menschen

von der Befriedigung ihrer Grundbedürfnisse systemisch ausschliesst, hat offenbar weniger Gewicht. Was *spaltet die Kirche* als weltweite Gemeinschaft mehr: die reale Ungerechtigkeit der ausschliessenden Mechanismen der Globalisierung oder ihre Verurteilung?

Aber die *Jugend*, meint Stückelberger unter Berufung auf seine «Theologiestudierenden», könne «mit solchen pathetischen Bekenntnistexten» nichts anfangen. Welche Jugend? Es sind vor allem junge Leute, die sich in den globalisierungskritischen Bewegungen engagieren. Es waren nicht zuletzt Schülerinnen und Schüler, die zu Tausenden gegen den Irakkrieg auf die Strasse gingen und dabei auch den Zusammenhang zwischen Militarismus und Neoliberalismus durchschauten. Die Gegenfrage müsste lauten, wer denn eigentlich noch Theologie studiert, wenn er oder sie den Schrei der Armen nicht als Herausforderung für den Glauben hört?

Matthias Krieg findet schon die *Textsorte «Bekenntnis»* anstössig. Ein solches sei – wie die Erklärung von Barmen 1934 – gegenüber dem Nationalsozialismus angebracht gewesen oder – wie die «Confession of Belhar» 1986 – gegenüber der Apartheid. Aber doch bitte nicht gegenüber dem Neoliberalismus. Denn einerseits gebe es keine «theologischen Strömungen in irgendeiner Mitgliedskirche, die den Neoliberalismus rechtfertigten», und andererseits habe «jede Kirche ihre eigenen Kontexte»: «und das Gesicht der Globalisierung sieht in der Schweiz anders aus als in Moçambique».

Muss denn der Neoliberalismus die Dignität einer «theologischen Strömung» erlangen, damit sich ein «Bekenntnis» aufdrängt? Genügt es nicht, dass viele der «Global Players», wie Krieg selber hervorhebt, «unsere Mitchristinnen und Mitchristen» sind? Sie darf man angeblich nicht vor den Kopf stossen – eine «theologische Strömung» aber schon? Und steht nicht genau wie bei «Barmen» das «Erste Gebot» in Frage,

wenn der Markt zum Götzen gemacht wird?

Vollends zynisch wirkt das Argument, dass die *Globalisierung in der Schweiz* anders aussehe als in einem *afrikanischen Drittweltland*. Als ob es zwischen Globalisierungsgewinnern und Globalisierungsverlierern keinerlei Zusammenhang gäbe. Christen des Nordens, die zu den Gewinnern zählen, sollten nicht so fahrlässig daherreden. Worauf es für unser Christsein ankommt, ist auch nicht, wo wir leben, sondern dass wir mitten in der Welt, im «Herzen der Welt» leben und uns «dem Globus als Ganzem verantwortlich zuwenden», wie der brasilianische Befreiungstheologe *Paulo Suess* sagt.¹⁰

Krieg spitzt seine Polemik zu mit der Frage: «Könnte es sein, dass eine kleine <pressure group> sich mittels eines weltweiten Prozesses ein reformiertes Lehramt einrichtet?» Und erst noch eines, das wie die Taskforce des Weltbundes nur aus «Leuten des Nordens» bestehe, was schlicht «Kolonialismus» sei. Aber haben diese «Leute des Nordens» nicht von der *Theologie der Befreiung* (im Kontext des Südens!) gelernt? Und gab und gibt sich diese Taskforce nicht alle Mühe, den «Bekenntnisprozess» an die Basis der reformierten Kirchen zu tragen, während am Zürcher Hirschengraben 50

alles unternommen wird, um diesen Bekenntnisprozess madig zu machen? Die Gegenfrage sei erlaubt: Könnte es sein, dass sich hinter dieser Kritik eine «Hofethik» verbirgt, die mehr den Interessen der – wohl nicht nur geographisch nahen – Zürcher Bahnhofstrasse als dem «Leben in Fülle» dient? ●

¹ Zeichen der Zeit: Die Überwindung des Kapitalismus – ein «Processus confessionis» für den Reformierten Weltbund, in: NW 1997, S. 366ff.

² Vgl. den neuen Text auf der Homepage des RWB: «From Debrecen to Accra», Nr. 30ff. (www.warc.ch).

³ Die Hoffnung kann nicht scheitern, in: NW 1996, S. 362ff.

⁴ Den Kapitalismus vom Glauben her in Frage stellen, in: NW 2003, S. 168ff.

⁵ Jürg Liechti-Möri, Berner Kirche in der Globalisierungsdebatte, in: NW 2004, S. 109ff.

⁶ Die Referate sind dokumentiert auf: www.sek-feps.ch. Eine Kurzfassung des Referats Krieger ist in der «reformierten presse» erschienen (21.5.04).

⁷ Zu beachten wäre auch die «Glaubenserklärung zur globalen Krise des Lebens», verabschiedet vom Forum der Mitgliedskirchen des RWB aus Ländern des Südens, Buenos Aires, 23.–27. April 2003 (<http://www.warc.ch/24gc/rw041/04-g.pdf>).

⁸ Vgl. Zeichen der Zeit: «Götze Markt» oder Zehn Dogmen des Neoliberalismus, in: NW 1999, S. 230ff.; Eine Enzyklika wider den Neoliberalismus?, in: NW 1999, S. 17ff.

⁹ So die Enzyklika *Sollicitudo rei socialis* (1987), Nr. 16, 36f.

¹⁰ Wir und die Anderen – Zuhause in einer globalisierten Welt?, in: Orientierung 1998, S. 220.

Wer rettet den Schachautomaten?

(Replik zu den Beiträgen von Fritz Vilmar in NW 7-8/2003 und 3/2004)

Meine frühere Tätigkeit in der (Elektronik-) Industrieverhalfr mir zur wichtigen Erkenntnis, dass die *marxistische Kapitalismuskritik*, die Ausweitung der Aufklärung auf den sozio-ökonomischen Bereich, nichts an Aktualität eingebüsst hat, auch wenn das viele Linksintellektuelle heute in Abrede stellen. Während meiner Zeit in der Industrie musste ich allerdings konsterniert feststel-

len, dass die Mehrzahl der *Arbeiter/innen und einfachen Angestellten* (ganz besonders der schweizerischen) das Wirtschaftssystem, das sie ausbeutet, entfremdet, stresst und krank macht, nicht mehr kritisch hinterfragt, sondern *konformistisch* mitträgt. Darum wundert es mich auch nicht, dass ein Grossteil der Stammwähler/innen der Sozialdemokratie den Rücken gekehrt hat und heute *reaktionären Rattenfängern* wie Blocher, Berlusconi und Konsorten folgt und damit ins eigene Verderben läuft. Dass die *etablierte Sozialdemokratie* Europas mit ih-

bekannte *Schriftstellerin* wie ihr gleichfalls publizistisch tätiger Mann ins Umfeld der SPD.

Als zum Schweigen verurteilte *Regimegegnerin* hielt sie Erfahrungen in der Zeit der Nazi Herrschaft und des Krieges in Tagebüchern fest: gefangen in der inneren Emigration, entsetzt vom Opportunismus der Umgebung, an eigener Ohnmacht verzweifelnd. «Mit niemandem kann ich sprechen, es sei denn mit Mann und Tochter. Niemandem kann man völlig trauen. Die Kraft wird aufgesaugt durch das, was man tun muss, um dieses jämmerliche Leben weiter zu fristen.» Ein eindrücklicher, von der Optik her eher ungewohnter Bericht, der zeigt, wie sehr und wie lange Hitler als Führer eines neuen, erfolgreichen Reiches die breite Bevölkerung hinter sich hatte. Oder was «man» wann wusste oder wissen konnte über die Gräueltaten nicht nur gegen Gegner im eigenen Land. Und wie nach den ersten Niederlagen die Stimmung langsam, sehr langsam kippte. «Dumm sind die Deutschen, grenzenlos dumm!» Leider, so ihre böse Erkenntnis, verbesserten die Frauen dieses Bild kaum.

Aber auch «*weltweite Unvernunft*» beklagt die Pazifistin im Rückblick auf zwei Kriege sowie weiter enttäuschte Hoffnungen. 1945 publizierte die Gruppe Württemberg der Frauenliga für Frieden und Freiheit eine von Anna Haag verfasste Schrift, die im Buch als Faksimile gedruckt ist. Sie enthält, vorab an Frauen adressiert, einen *Auf-*

ruf zum Denken: «Zurückdenken! Nachdenken! Vorausdenken! Umdenken!» Mit sechzig Prozent der Bevölkerung könnten Frauen nun mutig eine andere Politik einleiten, um «vor unsere Schwestern jenseits der Grenzen hinzutreten» und zu sagen: «Das haben wir geschafft! In Deutschland lebt ein neuer Geist.»

Dem folgte ein Text zum internationalen Wirken der Liga, deren Delegierte schon 1919 in Zürich zusammenkamen, «um zu beraten, wie dem alles zerstörenden Weltkriege ein Frieden folgen könne, der den Völkern Vertrauen zurückgebe». *Clara Ragaz* und *Gertrud Woker* stehen dort beispielhaft für diese Arbeit in der Schweiz. Kurz vor der sogenannten Machtergreifung der Nazis hatte Anna Haag die Verteilung eines Plakates übernommen, welches «das wahre Gesicht eines möglichen Krieges» zeigen sollte. Wie bitter muss es gewesen sein, davon ganze Pakete mit den Friedenstauen Gulbranssons in einem Fluss zu versenken, als rundum bereits die Hakenkreuzfahnen wehten. Ein zentraler Punkt des Engagements nach 1945, welches die unbequeme Sozialdemokratin vorübergehend ins regionale Parlament führte, wurde die Sicherung des *Rechtes auf Kriegsdienstverweigerung* in der Verfassung. Hier hatte sie Erfolg. Ihre praktische Aufbauarbeit zur Schaffung von *Wohn- und Unterrichtsraum für Frauen* im kriegsgeschädigten Stuttgart trug dazu bei, dass ihr Name dort unvergessen ist.

Hans Steiger

Vom Bekennen und Besserwissen (Zum «Zeichen der Zeit»: Ist das ‚Leben in Fülle‘ kein Bekenntnis wert? in: NW 6/04)

Zum «Zeichen der Zeit» in der Juni-Nummer von *Neue Wege* möchte ich zuerst mal danken für diese klare Darlegung, warum es katastrophal ist, was der SEK für Accra vorbereitet. Ich möchte im Anschluss an meine Beschäftigung mit den Studien zur Apartheidzeit noch auf drei Verhaltensmuster eingehen, die sich wiederholen:

1. Der Sonderweg

Beim *Rassismusprogramm* des ÖRK und beim Sanktionenaufruf wurde die Debatte am heissesten geführt, aber auch bei theologischen Debatten über das *Kairos-Papier*

wurde es sichtbar: Jedes Mal, wenn der SEK Farbe bekennen muss, sucht er einen Weg zu finden, der nicht so steil und nicht so eindeutig ist, damit doch wenn möglich alle mitspazieren können. Die Idee zum Sonderweg kommt dann meistens aus *Zürich*, und das ist heute noch so.

In den *Kantonalkirchen* wird es dann differenzierter: Es gibt einige, die sich auf den langen, aber meist fruchtbaren Weg machen: Arbeit von Gruppen, Diskussionen, Vernehmlassungen und schliesslich Synodedebatte und -beschluss oder Publikation im Namen einer Gruppe und verbreitete Kenntnisnahme und Diskussion. Das hat spannende Entscheide und Dokumente gegeben, z.B. in der Berner Kirche, der Aar-

gauer Kirche und der Genfer Kirche. Die gleichen Debatten wurden in den Hilfs- und Missionswerken geführt. Untereinander gibt es Vernetzungen, Anregungen und vor allem wurden alle diese Debatten genährt von dem, was Partnerkirchen dazu gedacht, gesagt und getan haben.

Der Sonderweg hat damit zu tun, dass theologisch relevant höchstens noch das ist, was in *Deutschland* gedacht wird (ausser wenn es feministisch oder «sozialistisch» wäre). Berücksichtigt wird nicht, was die Opfer einer Unrechtssituation bezeugen oder erbitten, sondern, ob die Gemüter jener, die an der Unterdrückung oder Ausbeutung bei uns beteiligt sind, verletzt werden. Ich höre noch heute das Tremolo in der Stimme von Kirchenverantwortlichen zur Zeit der *Sanktionendebatte*: «Die Direktoren dieser Banken sind unsere Kirchengemeindeglieder.»

2. Die Belehrung

Wenn *Gäste aus Südafrika* bei uns zu Besuch waren, haben sie immer wieder mit Erstaunen das Phänomen beobachtet, dass sie von ihren Gastgebern belehrt wurden, wie es «wirklich» war. Im *Bundeshaus* bekamen sie zu hören, wie die Apartheidpolitik wirklich gemeint sei und gemacht werde. An den Veranstaltungen gab es immer jemanden, der oder die Verwandte in Südafrika hatte oder selber dort in den Ferien gewesen war oder zu einer apartheidfreundlichen Gruppe gehörte und es deshalb dem Gast einfach sagen musste, dass es so, wie er/sie das täglich erlebte, einfach nicht sein konnte. Bei den Treffen des SEK mit südafrikanischen Theologen gab es immer Belehrung von Seiten der Schweizer/innen zur Theologie oder zur politischen Einschätzung.

Warum sollte das nun anders sein vor und in *Accra*? Die Theologen *Krieg* und *Stückelberger* wissen es doch sicher besser als der Drittwelttheologe aus Lateinamerika. Ich meine nicht, dass man die theologischen Äusserungen der andern nicht diskutieren muss. Ich erinnere mich mit Freude an heisse Debatten mit Südafrikaner/innen, aber grundsätzlich habe ich darin verstehen und jedes Mal etwas Neues gelernt.

3. Die Mühe mit dem Bekennen

Die Theologie in den reformierten Kirchen

hat eine so *freie Ausgangslage*, dass sie sich ruhig auf eine Debatte zum Bekennen in einer bestimmten Situation einlassen kann. Der heute so viel gepriesene *Bullinger* hat zwei Formen gezeigt: Einerseits ist ein von ihm persönlich verfasstes Bekenntnis auf die Frage, warum man denn eigentlich reformiert sein sollte, von so vielen als nützlich angeschaut worden, dass es reformiertweit Gültigkeit bekam. Andererseits hat er mit *Calvin* eine Vereinbarung abgeschlossen, die es ermöglichte, dass innerhalb der reformierten Familie das Abendmahl nicht mehr trennend, sondern verbindend war.

Referenzen für das reformierte Bekennen sind: Der einzige «Obere», der berücksichtigt werden muss, ist *Jesus Christus*. Die theologische Aussage entsteht aus dem gründlichen Diskutieren des *Bibeltextes* und des *Kontextes*.

So ist es nicht zufällig, dass im letzten Jahrhundert *unzählige Bekenntnisse* in reformierten Kirchen in bestimmten Situationen entstanden sind. *Lukas Vischer* hat dazu ein Buch publiziert. Die reformierten Kirchen der Schweiz haben kein historisches Bekenntnis mehr, auf das ihre Theologen, Theologinnen und Gemeinden behaftet würden. Von da zu schliessen, dass es in der Schweiz nie mehr Situationen geben könnte, in denen Bekennen gefordert wäre, ist unreformiert. Unsere Kirche ist ja genau die, die sagt, sie sei *semper reformanda*, d.h. sie müsse Glauben und Praxis immer wieder überprüfen.

In *Accra* mitzubekennen, dass *Leben in Fülle für alle* gilt, dass aber die gründliche Analyse des Kontextes zeigt, dass die Mehrheit davon ausgeschlossen ist, weil eine Minderheit nicht teilt, was vorhanden ist, und dass deshalb die reformierten Kirchen dies nicht mehr absegnen können, hat nichts mit Spaltung zu tun, sondern ist eine Aufforderung zu prüfen, was wir glauben und was wir tun. Das heisst allerdings, dass (wenn nicht vorher, wie in Bern) nachher in den kantonalen Kirchen dazu heiss debattiert werden muss. Daraus kann Bekennen und Handeln entstehen, das auch in unserem Land Menschen wieder einschliesst, die je länger je mehr von der Fülle des Lebens wegen der herrschenden ökonomischen Regeln ausgeschlossen werden.

Vreni Schneider